

II-7647 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3859 II

A N F R A G E

1989 -06-01

der Abgeordneten Erlinger und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Atommüllendlager in Österreich - aktueller Stand

Seit der öffentlichen Debatte über die sechszehn möglichen Standorte für ein Atommüllendlager in Österreich haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen gebildet, die völlig zu recht eine Reihe von kritischen Fragen aufwerfen, ohne daß bisher befriedigende Antworten vorliegen würden.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E :

1. Wie hoch sind Art und Menge des in Österreich jährlich anfallenden radioaktiven Abfalls und der Weg der Entsorgung, insbesondere Art und Menge des in Spitälern anfallenden radioaktiven Abfalls? Wie sieht hier die Entwicklung in den letzten zehn Jahren aus?
2. Im Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf befinden sich auch Labors der Internationalen Atomenergieorganisation. Diese produzieren plutoniumhaltigen atomaren Müll, der von Österreich entsorgt werden muß. Für diese Art von radioaktiven Abfall ist eine aufwendigere Lagerung erforderlich.
 - a) Wann läuft der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der IAEA aus?
 - b) Werden Sie sich für eine Kündigung des Vertrages einsetzen und in welcher Form?
 - c) Welche konkreten Schritte werden Sie bereits jetzt setzen, um die IAEA zum Verzicht auf diese Experimente in Seibersdorf zu bewegen?

3. Die betroffene Bevölkerung fragt sich mit Recht, warum das geplante Endlager für radioaktive Abfälle so groß dimensioniert wird.
 - a) Noch 1983 prognostizierte die damalige Seibersdorf-Studie den Anfall von rund 500 Fässern radioaktivem Abfall pro Jahr. Heute gibt die Geschäftsleitung bereits den Anfall von 2000 Fässern pro Jahr an. Wie erklären Sie sich diese Steigerung?
 - b) Das Endlager für radioaktiven Abfall sieht eine Kapazität von 50.000 Fässern vor, währenddessen der derzeitige Anfall pro Jahr bei rund 320 Fässern liegt. Weshalb ist diese gewaltige Überdimensionierung vorgesehen? Ist etwa gar geplant, aus diesem Endlager ein Lager für radioaktiven Abfall aus ganz Europa zu machen?
4. Wurden bei den sechzehn in Diskussion stehenden Standorten für ein Atommüllendlager alle Aspekte, insbesondere geologische, auch wirklich ausreichend untersucht?
5. In welcher Form wird eine umfassende Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung in Hinblick auf die weitere Vorgangsweise vorgesehen werden? Welche konkreten Garantien werden hier vorgesehen?
6. Zahlreiche betroffenen Bürgerinitiativen verlangen, bevor über ein mögliches Endlager überhaupt gesprochen werden kann, eine rechtsverbindliche Garantie, daß Österreich keinen radioaktiven Abfall importieren wird. Sind Sie bereit, diese Garantie abzugeben? In welcher Form soll diese Garantie rechtsverbindlich verankert werden?
7. In welcher Form werden Sie das Forschungszentrum Seibersdorf rechtsverbindlich anweisen, keine Lohnverbrennung von radioaktiven ausländischen Abfall mehr durchzuführen? Ein entsprechender Aufsichtsratsbeschuß liegt bereits vor?
8. In welcher Form soll die Überprüfung von Substitutionsmöglichkeiten des Einsatzes von radioaktiven Substanzen in Medizin, Wissenschaft und Industrie erfolgen? Bis wann ist mit konkreten Ergebnissen zu rechnen?